



Empfehlungen der Bildungscoalition NGO

Die Bildungscoalition NGO ist eine Allianz von über 30 nationalen Nicht-Regierungsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Gesundheit, Menschenrechte und Jugend. Sie vertritt deren Interessen in der Bildung, Forschung und Innovation und entwickelt Empfehlungen zu bildungspolitischen Geschäften.

Geschäfte im Ständerat

Datum	Vorlage	Empfehlung Bildungscoalition NGO
	<i>Geschäfte des Bundesrates</i>	
Dienstag, 28. Nov. 2017	Bundesbeschluss (17.041) Voranschlag 2018 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2019-2021	Annahme von Erhöhungen und Ablehnung von Kürzungen im Bereich Forschung, Bildung, Innovation
Donnerstag, 14. Dez. 2017	Bundesbeschluss (17.036) Weltausstellung 2020 in Dubai	Annahme des Bundesbeschlusses
	<i>Parlamentarische Vorstösse WBF</i>	
Mittwoch, 6. Dez. 2017	Motion NR (Humbel) (15.3687) Praktikum als Eignungstest für das Medizinstudium	Ablehnung der Motion
	<i>Parlamentarische Vorstösse EJPD</i>	
Donnerstag, 7. Dez. 2017	Postulat Engler (17.3769) Integration von Personen aus dem Asylwesen. Künftige Herausforderungen	Annahme des Postulats

Positionen der Bildungscoalition NGO auf den folgenden Seiten.

17.041 - Bundesbeschluss

Voranschlag 2018 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2019-2021

Inhalt der Vorlage

Der vom Bundesrat unterbreitete Voranschlag 2018 sieht Einnahmen von insgesamt 71,322 Milliarden Franken und Ausgaben von insgesamt 71,219 Milliarden Franken vor. Für 2018 wird demnach mit einem Überschuss von 103 Millionen Franken gerechnet. Gemäss Voranschlag werden in den Finanzplanjahren 2019–2021 zudem „Überschüsse erwartet, welche ausgehend von 160 Millionen auf knapp 1 Milliarde anwachsen“.

Das Budget sieht verschiedene Korrekturen und Sparmassnahmen vor, von denen auch der Bereich Bildung, Forschung und Innovation überproportional betroffen ist. Die Finanzkommission des Ständerates (FK-S) beantragt ihrem Rat, gegenüber dem Voranschlagsentwurf des Bundesrates zusätzliche Ausgaben vorzusehen, namentlich zugunsten der Bereiche Bildung und Forschung.

Diese Haltung vertritt auch die FK-NR: Sie beantragt ihrem Rat ebenfalls, den Finanzierungsbeitrag für den ETH-Bereich sowie die Grundbeiträge an Universitäten und Fachhochschulen zu erhöhen.

Position der Bildungscoalition

- Damit der Denk- und Arbeitsplatz Schweiz durch einen Qualitätsabbau nicht nachhaltigen Schaden erleidet, ist im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) von Einsparungen abzusehen. Es sind gezielt zusätzliche Mittel bereitzustellen zur Integration, Umsetzung bzw. Förderung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in der Schweiz
- Der Wirtschaftsdachverband economiesuisse hält zu Recht fest: „Für Wirtschaft und Gesellschaft erfüllt das Bildungssystem eine der zentralsten Funktionen überhaupt. Weder die politische, noch die kulturelle oder die wirtschaftliche Schweiz können existieren ohne gut ausgebildeten, innovativen Nachwuchs. Mit einer qualitativ hochstehenden Volksschule und ihrem dualen Bildungssystem ist die Schweiz stark geworden“. Economiesuisse empfiehlt ebenfalls, dem BFI-Bereich die nötigen Mittel zukommen zu lassen und „im Minimum sicherzustellen, dass diese Mittel für 2018 nicht tiefer ausfallen als für 2017“.
- Die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird in der Schweiz auch mit zahlreichen Aktivitäten im non-formalen Bildungsbereich gefördert. Dies geschieht etwa durch Lager von Kinder- und Jugendverbänden, Jugendfachstellen und Jugendtreffs in den Gemeinden, Austauschprogramme, Jugendparlamente und meist mit einem grossen Engagement von Freiwilligen. Der Bund würdigt und unterstützt diese Arbeit mit dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG). Der entsprechende Kredit soll um CHF 2.3 Mio. erhöht werden, um den zunehmenden Aufwand dieser Organisationen in Zusammenhang mit neuen Herausforderungen der Gesellschaft (Prävention, Sicherheit, Integration etc.) Rechnung zu tragen.

Empfehlung der Bildungscoalition NGO:
Annahme des Entwurfs unter den oben beschriebenen Voraussetzungen

17.036 – Bundesbeschluss
Weltausstellung 2020 in Dubai

Inhalt der Vorlage

Gemäss Bundesrat stellt der Auftritt der Schweiz an der Weltausstellung 2020 in Dubai vor allem eine Chance dar, die Stärken unseres Landes wie seine Innovationskraft, seine Forschungskapazitäten und sein qualitativ hochstehendes Bildungsangebot einem internationalen Publikum vorzustellen.

Dabei soll sich die Schweiz mit dem Leitthema «Connecting Minds, Creating the Future» und den Unterthemen der Expo 2020 «Mobilität, Chancen und Nachhaltigkeit» auseinandersetzen (siehe dazu [Medienmitteilung](#) des Bundesrates vom 17.05.2017).

Der Nationalrat hat den Beschluss gemäss Entwurf des Bundesrates angenommen.

Position der Bildungscoalition

- Artikel 2 der Bundesverfassung erklärt die «Nachhaltige Entwicklung» zu einem Staatsziel der Schweiz. Seit 1997 hält der Bundesrat die politische Stossrichtung seiner Nachhaltigkeitspolitik zudem in einer entsprechenden Strategie fest. Sie trägt der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension der nachhaltigen Entwicklung in ausgewogener Weise Rechnung und zeigt damit unter anderem auch, wofür die Schweiz steht und welche Werte sie vertritt.
- Für die Entwicklung eines zukunftsverantwortlichen Denkens, eines eigenständigen sozialen, ökologischen, politischen und wirtschaftlichen Urteilsvermögens sowie der Fähigkeit, am politischen Geschehen des demokratischen Gemeinwesens teilnehmen zu können, ist Bildung von besonderer Bedeutung. Durch die Integration einer «Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung» über sämtliche Bildungsstufen hinweg richtet sich die Schweiz konsequent an den Chancen und Potentialen für Individuen und Gesellschaft als Ganzes aus und schafft damit die Voraussetzungen, die Zukunft nachhaltig zu gestalten.
- Von frühkindlichem Lernen bis Erwachsenenbildung (Lebenslanges Lernen), von informeller bis formaler Bildung, mit globalem Lernen, Umweltbildung, ökonomischer und politischer Bildung (inkl. Menschenrechtslernen) sowie Gesundheitsförderung werden in der Schweiz zunehmend auch Kompetenzen vermittelt, die Individuen befähigen, drängende Herausforderungen gemeinsam mit anderen zu lösen.
- Der Schweizer Auftritt an der Expo 2020 in Dubai soll gezielt dazu genutzt werden, diesen zentralen Aspekt des qualitativ hochstehenden Bildungsangebotes in der Schweiz darzustellen.

Empfehlung der Bildungscoalition NGO:
Annahme des Entwurfs unter den oben beschriebenen Voraussetzungen

15.3687 - Motion NR (Humbel)

Praktikum als Eignungstest für das Medizinstudium

Inhalt der Vorlage

Die Motion verlangt, dass der Bundesrat - zusammen mit den Kantonen - eine Alternative zum geltenden Numerus clausus für die Zulassung zum Studium der Humanmedizin prüft und ein Praktikum als Ersatz oder in Ergänzung zu Tests der intellektuellen Fähigkeiten einführt.

Um den Bedarf an Ärzten zu decken, müssen die Schweizer Universitäten mehr Studienplätze für die Humanmedizin zur Verfügung stellen. Angezeigt ist gemäss Initiantin der Motion aber auch eine Verbesserung der Eignungstests für die Zulassung zum Medizinstudium. Der Numerus clausus ist primär eine Frage des Fleisses und des Übens, womit nur bedingt eruiert werden kann, ob sich ein Student oder eine Studentin für den Arztberuf eignet. Die intellektuellen Fähigkeiten sind mit der Maturität getestet und in der Regel gegeben. Der Eignungstest für die Zulassung zum Medizinstudium sollte daher mehr auf die Praxis ausgerichtet werden, indem auch die Sozialkompetenz sowie praktische Fähigkeiten eines angehenden Arztes oder einer angehenden Ärztin getestet werden.

Der Nationalrat hat die Motion in der Sommersession 2017 gut geheissen.

Position der Bildungscoalition

- Die Bildungscoalition NGO teilt die Auffassung der Motionärin, dass der heutige Numerus clausus für die Zulassung zum Medizinstudium verbessert werden muss. Der heutige Eignungstest greift zu kurz: Er prüft lediglich die kognitiven Fähigkeiten und trifft keine Aussagen über die später im Beruf wichtigen Fähigkeiten wie Sozialkompetenz und emotionale Intelligenz.
- Ein zweistufiges Selektionsverfahren würde die Aussagekraft über die Eignung als Ärztin oder Arzt nachhaltig erhöhen. Als Ergänzung zum bestehenden Eignungstest können sogenannte Situational Judgement Tests, Multiple Mini-Interviews oder Praktika eingeführt werden.
- Das Absolvieren eines Praktikums sollte deshalb nicht als Alternative zum bisherigen Zulassungsverfahren, sondern als sinnvolle Ergänzung eingeführt werden. Im Vergleich zu den anderen vorgeschlagenen Testverfahren weisen Praktika folgende Nachteile auf:
 - Die notwendige Anzahl Praktikumsplätze für alle Interessierten für ein Medizinstudium zu finden ist praktisch schwierig
 - Der Aufwand für die Betreuung der Praktikantinnen und Praktikanten ist für die Spitäler und weitere Einrichtungen hoch
 - Eine gerechte vergleichbare Bewertung der Praktikantinnen und Praktikanten ist schwierig zu gewährleisten

**Empfehlung der Bildungscoalition NGO:
Ablehnung der Motion im derzeitigen Wortlaut**

17.3769 - Postulat Engler

Integration von Personen aus dem Asylwesen. Künftige Herausforderungen

Inhalt der Vorlage

Mit dem Postulat wird vom Bundesrat gefordert, eine Gesamtschau über die künftigen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Integration der Flüchtlinge in die Schweizer Gesellschaft zu erstellen und diese in einem Bericht darzulegen. Sie soll unter anderem die Auswirkungen auf die Kantone und Gemeinden, Kosten für das Sozialwesen, raumplanerische Massnahmen, Integration in den Arbeitsmarkt, das Schulwesen etc. beinhalten.

Der Urheber des Postulats sieht die Integration von Personen, die über das Asylwesen in die Schweiz gekommen sind und voraussichtlich für den Rest ihres Lebens in der Schweiz verbleiben werden, als eine der grössten Herausforderungen an, welche die Gesellschaft in der Zukunft zu bewältigen haben werde. Er fordert deshalb eine umfassende und gesamtheitliche Strategie, zum Beispiel wie diese Personen in den Arbeitsmarkt integriert werden können, so dass eine Sozialhilfeabhängigkeit und somit Kosten für das Gemeinwesen vermieden werden können. Es sollen explizit auch die zu erwartenden Auswirkungen auf die Kantone und Gemeinden dargelegt werden, so zum Beispiel auf das Schulwesen.

Position der Bildungscoalition

- Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung für die Schweiz. Ein zukunftsorientierter Umgang mit dem Thema bedingt eine gesamtheitliche Strategie, welche dazu führt, dass die Integrationsarbeit der verschiedenen beteiligten Stellen und Stufen ineinander greifen, und somit Synergien nachhaltig genutzt werden können.

Empfehlung der Bildungscoalition NGO: Annahme des Postulats

Die Bildungscoalition NGO

Alliance Sud Arbeitsgemeinschaft Swissaid – Fastenopfer – Brot für alle – Helvetas – Caritas – Heks | Amnesty International | Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung | Bildungswerkstatt Bergwald | Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz DOJ | Greenpeace | Hannes Pauli Gesellschaft HPG | Helvetas Swiss Intercooperation | humanrights.ch | Incomindios Schweiz | Intermundo Dachverband für Jugendaustausch | Kinderlobby Schweiz | Netzwerk Kinderrechte Schweiz | Peace Brigades International PBI | Pro Juventute | Pro Natura | Public Health Schweiz | Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV – CSAJ | Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH | Schweizerische Herzstiftung | Stiftung Kinderdorf Pestalozzi | Stiftung myclimate | Stiftung SILVIVA | Union der Schülerorganisationen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein USO-UCE-UCS | Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS | WWF Schweiz